



**Michael Frieser**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Integrationsbeauftragter der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

## Pressemitteilung

### Frieser fordert Verbot von Mehrfachspielhallen und ausgedehnte Sperrzeiten im Glücksspielstaatsvertrag

Berlin/ Nürnberg, 10.11.2011  
/TH

**Michael Frieser, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 3.108  
Telefon: +49 30 227-71931  
Fax: +49 30 227-76931  
michael.frieser@bundestag.de

**Wahlkreisbüro:**  
Jakobstr. 46  
90402 Nürnberg  
Telefon: +49 911-24154432  
Fax: +49 911-2369051  
michael.frieser@wk.bundestag.de

**Michael Frieser, direkt gewählter Abgeordneter für Nürnberg Süd und Schwabach, fordert nach der grundsätzlichen Einigung der Ministerpräsidenten auf einen neuen Glücksspielstaatsvertrag ein Verbot von Mehrfachspielhallen und ausgedehnte Sperrzeiten.**

„Am Glücksspielstaatsvertrag 2012 ist leider längst noch kein Haken dran. Obwohl es eine grundsätzliche Einigung gibt, werden die Ministerpräsidenten voraussichtlich erst Mitte Dezember den Staatsvertrag unterschreiben. Darin muss es unbedingt Regelungen zu den Spielhallen geben“, sagt **Frieser**. „Der Freistaat Bayern hat sich bisher für das Verbot der Mehrfachspielhallen stark gemacht. Dieses Verbot muss in den Vertrag. Ich fordere einen Mindestabstand zwischen verschiedenen Spielhallen wie auch das Verbot, in einem Gebäude mehrere Spielhallen gleichzeitig zu betreiben. Die bisherige Praxis des Zusammenlegens von Konzessionen durch Spielhallenbetreiber dient alleine der Umgehung von rechtlichen Regeln.“

Bisher umgehen Spielhallenbetreiber das Verbot von mehr als zwölf Spielgeräten pro Spielhalle, wie es die Bundes-Spielverordnung vorsieht, indem sie mehrere formal eigenständige Automatenhallen unter einem Dach einrichten, die oft einen gemeinsamen Kundentresen haben.



„Mit dem Verbot von Mehrfachspielhallen können wir dann auch endlich Spielhallen-Multikomplexe in Nürnberg verhindern“, sagt **Frieser**.

Weiter erklärt **Frieser**: „Aus meiner Sicht ist es im Sinne der Suchtprävention auch notwendig, mehrstündige Sperrzeiten für Spielhallen einzuführen. Ich vertrete die Ansicht, dass die Sperrzeit mindestens sechs Stunden betragen sollte. Dies ist in Frankfurt am Main bereits Standard. Nur so kann das dauerhafte Spiel von pathologischen Spielern unterbrochen werden.“

#### Hintergrund:

Der Staatsvertrag zum Glücksspielwesen soll zwischen allen sechzehn deutschen Bundesländern einheitliche Rahmenbedingungen für die Veranstaltung von Glücksspielen schaffen. Der aktuelle Vertrag läuft regulär Ende 2011 aus. Am 27.10.11 verabschiedeten 15 Ministerpräsidenten den Entwurf für einen neuen Glücksspielstaatsvertrag. Die Einigung ist noch nicht sicher. Der Glücksspielstaatsvertrag soll voraussichtlich am 15. Dezember von den Ministerpräsidenten unterschrieben werden.

**Redaktion: Tobias Helmstorf**